

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 228 / 28. November 1978

Gegen die "Herr"schaft

Durch Solidarität zur Gleichberechtigung

Ursula Ibler, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, fordert Gleichberechtigung der Frau am Arbeitsplatz. Seite 1/2

Von Ursula Ibler
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Egon Lutz MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes" in der SPD-Fraktion, sieht in dem Ruf nach der 35-Stunden-Woche für die Stahlkocher an Rhein und Ruhr eine Forderung zur Humanisierung der Arbeitswelt. Seite 3/4

Seit 1974 gehören die Frauen zu den von Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffenen Arbeitnehmergruppen. In der hohen Frauenarbeitslosigkeit spiegelt sich ein mehrfaches Problem:

Karsten D. Voigt MdB, stellv. Obmann der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, fordert den Westen auf, Rumaniens mutigen Schritt zur Eindämmung der Rüstungssteigerung ernst zu nehmen. Seite 5

1. Frauen sind in der Regel beruflich weniger qualifiziert. Ihre Beschäftigung konzentriert sich auf wenige Berufsgruppen. In diesen Bereichen werden die Arbeitsplätze der Frauen durch Rationalisierung drastisch verändert. Darüber hinaus werden in großem Maße Arbeitsplätze der Frauen vernichtet, bei gleichzeitiger Leistungsverdichtung und Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Als Beispiel sei auf die Verwendung von Mikroprozessoren - vor allem in der Uhren- und Elektroindustrie - oder die Einführung der Datenverarbeitung in den Büros hingewiesen.

Erich Wolfram MdB würdigt das zehnjährige Gründungsjahr der Ruhrkohle AG. Seite 6/7

2. Frauen üben vielfach Teilzeitarbeit aus, die jedoch in konjunkturell schlechten Zeiten von den Unternehmern als erste abgebaut wird.

3. In den Betrieben wird nach den sozialen Auswahlregeln des Kündigungsschutzgesetzes eher eine Frau als ein Mann entlassen. Die Folge davon: Die Arbeitslosenquote der Frauen ist doppelt so hoch wie die der Männer.

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

In der Öffentlichkeit herrscht vielfach ein falsches Bild von der Lage arbeitender Frauen. Frauenarbeitslosigkeit wird als nicht so schlimm empfunden, weil Frauen angeblich in die Familie zurückgehen können. Diese weitverbreitete Auffassung machen sich konservative Kräfte zunutze. Sie halten die Zeit für gekommen, um über den Tag hinaus aus der aktuellen Beschäftigungskrise politisches und wirtschaftliches Kapitel zu

schlagen. Auf dem Arbeitsmarkt wird rücksichtslos aussortiert. Auf der Strecke bleiben die Schwachen, und das sind neben Jugendlichen und ausländischen Arbeitnehmern insbesondere die Frauen. Vor allem verheirateten Arbeitnehmerinnen wird das Recht auf Arbeit bestritten. Als sogenannte "Doppelverdienerinnen" sollen sie ihre Arbeitsplätze freiräumen und ins Haus zurückkehren, denn es ist ja sowieso "für Frauen wichtiger, Kinder zu erziehen, als unwichtige Gegenstände herzustellen" (Alfred Dregger, CDU). In die gleiche Richtung geht auch die Feststellung von Prof. Dr. Wolf, Gießen, der sich besorgt über frühkindliche Entwicklungsstörungen äußert und dabei das Verhalten der Mütter kritisiert, "die sich im Beruf emanzipieren wollen"! Dabei wurde erst kürzlich wieder durch eine Untersuchung des Max-Planck-Instituts festgestellt, daß "die Berufstätigkeit der Mütter einen positiven Effekt" für die Entwicklung der Kinder hat.

Konservative Politik macht es sich sehr einfach, die Arbeitslosigkeit zu beheben nach dem Motto: "Frauen gehören in die Küche". Und wenn sie das nicht begreifen, wird moralisch nachgeholfen, indem man ihnen einredet, sich an ihren Kindern schuldig zu machen. Was ist das für eine Moral, einerseits vom "Freiheitsrecht auf Arbeit" (CDU-Parteitag) zu sprechen, andererseits aber den Frauen, weil sie dieses Recht in Anspruch nehmen wollen, ein schlechtes Gewissen einzupflanzen?

Daß es der CDU nicht so sehr um die Gleichberechtigung der Frau als vielmehr um ihre generelle "Reprivatisierung" geht, zeigt sich auch bei dem in Niedersachsen in einigen Städten als Modellversuch eingeführten "Erziehungsgeld" für die Betreuung eines Kleinkindes. Es wurde damit begründet, daß dadurch "der Schritt aus dem Erwerbsleben in die Familie erleichtert" würde. So kann denn auch die Mutter das Erziehungsgeld nur dann erhalten, wenn sie ihren Arbeitsplatz räumt. Und auf die Absicht der Bundesregierung, einen bezahlten Mütterurlaub mit gleichzeitiger Arbeitsplatzgarantie einzuführen, antwortet die CDU mit dem Vorschlag, quasi als Geburtsprämie allen Frauen einen einmaligen Betrag zu zahlen. Damit wird jedoch den erwerbstätigen Frauen, die - im Gegensatz zu den nicht-erwerbstätigen Frauen - schließlich das "Steuersäckel" und den "Sozialversicherungstopf" mit füllen, nicht geholfen. Aufgrund der fehlenden Arbeitsplatzsicherheit können sie nämlich nicht zur Betreuung des Kindes zu Hause bleiben. Aber eine solche Hilfe ist offensichtlich von der CDU auch nicht gewollt. Vielmehr steht auch hier wieder die Erwartung im Hintergrund, daß die Frauen von sich aus ihren Arbeitsplatz aufgeben und in ihre traditionelle Rolle zurückkehren.

Die gewerkschaftlichen Frauen wollen aber keinen gesellschaftlichen Rückschritt. Das Recht auf Arbeit ist ein Grundrecht. Es ist unteilbar. Die Frauen haben Anspruch auf soziale Leistungen der Gesellschaft. Sie wollen wegen ihrer Doppelbelastung weder bewundert noch bemitleidet werden. Sie brauchen praktische und konkrete Hilfen für sich und ihre Familien. Die Erhöhung des Kindergeldes und der geplante Mütterurlaub sind wichtige Schritte. Notwendig sind Kindergartenplätze und Vorschuleinrichtungen, notwendig ist die Einführung der integrierten Gesamtschule als Ganztagschule. Mädchen müssen die gleichen Einstiegsmöglichkeiten in den Beruf erhalten wie Jungen, und zwar auch in technischen Berufen. Kein Junge und kein Mädchen darf künftig mehr ohne Ausbildung bleiben. Frauen müssen bei der betrieblichen Personalplanung und Stellenausschreibung gleichberechtigt sein. Der Gleichheitsgrundsatz in der Entlohnung bedarf der Verwirklichung. Es mangelt nicht an Lösungsvorschlägen. Daß noch so vieles unerledigt ist, liegt daran, daß die gewerkschaftlichen Forderungen auf den erbitterten Widerstand der Arbeitgeber und konservativer Kräfte stoßen. Die einen kostet die Gleichberechtigung der Frauen Geld und die anderen kostet sie den Verlust ihrer "Herrschaft". Die Durchsetzung der Gleichberechtigung ist ein langer und beschwerlicher Weg. Er kann letztlich nur durch die Solidarität aller Arbeitnehmer zum Ziel führen.

(-/29.11.1978/hj/hgs)

35-Stunden-Woche für die Stahlkocher

Ein Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt

Von Egon Lutz MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes"
in der SPD-Bundestagsfraktion

Ab heute ist es amtlich: Die Arbeitgeber in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie werden am kommenden Freitag die Schwerpunktstreiks der IG Metall mit einer Aussperrung von 29.000 Arbeitnehmern in ausgewählten Betrieben beantworten. Damit haben die Arbeitgeber nach ihrer kompromißlosen Haltung bei den vorherigen ersten Tarifverhandlungen gleich zu Beginn des Arbeitskampfes gezeigt, wie hemmungslos sie derzeit bereit sind, das rechtlich zumindest bedenkliche Instrument der Aussperrung gegen die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer einzusetzen.

Ging es dabei nur um Lohnforderungen, wäre der Konflikt in der NRW-Metallindustrie weitaus weniger brisant. Doch die Kolleginnen und Kollegen in den Metallbetrieben an Rhein und Ruhr streiken für mehr: Sie wollen den Einstieg in die 35-Stunden-Woche und damit eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Eine Forderung, die nicht nur aus der Sicht des Gewerkschafters ihre Berechtigung hat. Und dies besonders aus zwei Gründen:

- In der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie existieren extrem harte Arbeitsbedingungen, die schwere gesundheitliche Belastungen mit sich bringen und zu einem frühzeitigen körperlichen Verschleiß führen. Dies liegt nicht unbedingt an einer schlechten Ausstattung der Arbeitsplätze, sondern ist durchaus ein produktionsspezifisches Phänomen: Stahlkochen ist eben etwas anderes als Autos oder Fernseher zu bauen. Aus diesem Grunde könnte eine 35-Stunden-Woche einen entscheidenden Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie leisten. Die spürbare Verlängerung der Wochenfreizeit käme der Gesundheit der Arbeitnehmer zugute, und nicht zuletzt ihre Familien würden davon profitieren.
- Kaum ein anderer Industriebereich in der Bundesrepublik Deutschland ist von der Krise so hart getroffen worden wie unsere Stahlindustrie. Auch heute noch, in

der Zeit des allmählichen Wiederaufschwungs, gehen in den Stahlschmieden an Rhein und Ruhr tausende von Arbeitsplätzen verloren, werden bereitstehende Kapazitäten nicht ausgelastet. Kein Wunder, wenn die dortigen Arbeitnehmer unter einem besonderen Existenzdruck stehen. Einziger Ausweg aus dieser Misere ist die Einführung der 35-Stunden-Woche. Mit ihr könnten die knappe Arbeit besser verteilt, die Arbeitsplätze besser gesichert werden.

Nun bieten die Metall-Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen sechs Wochen Jahresurlaub für alle an und zeigen auf die IG Metall im Bezirk Nord-Württemberg/Nord-Baden, die bei den letzten Tarifverhandlungen nicht die Wochenarbeitszeit-Verkürzung, sondern eben eine Erhöhung des Jahresurlaubs gefordert hatten. Verfolgt die größte Einzelgewerkschaft im DGB etwa keine einheitliche Tarifpolitik mehr? Dem muß man widersprechen: 35-Stunden-Woche und längerer Jahresurlaub sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Nur die Voraussetzungen für die verschiedenen Forderungen sind grundlegend anders. Während in der metallverarbeitenden Industrie Süddeutschlands nahezu Vollbeschäftigung herrscht, ist der nordrhein-westfälische Stahl noch nicht aus dem Krisental heraus. Hier muß knappe Arbeit möglichst gerecht auf viele verteilt werden und deshalb geht es hier auch um mehr: Um die langfristige Existenzsicherung von tausenden von Arbeitnehmern.

Die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall sind kampfbereit wie lange nicht mehr. Die Härte, mit der das Arbeitgeberlager in den Arbeitskampf eingestiegen ist, wird auf die Verursacher zurückfallen. Es bleibt zu wünschen, daß die Arbeitgeber früh genug die Vernunft aufbringen, um zu erkennen, daß langfristig die Wochenarbeitszeit-Verkürzung auch in ihrem Interesse ist. (-/29.11.1978/va-he/hgs)

Rumäniens Signal ernst nehmen

Bukarests mutiges Nein zur Moskauer Forderung nach mehr Rüstung

Von Karsten D. Voigt MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen
Ausschuß des Deutschen Bundestages

Der Verlauf und die Ergebnisse des Gipfeltreffens der Warschauer Pakt-Staaten in Moskau verdienen eine sorgfältige Analyse. Erfahrungsgemäß wird eine ausgewogene Beurteilung dieser Gipfeltagung der Warschauer Pakt-Staaten erst möglich sein, nachdem die Öffentlichkeit im Laufe mehrerer Wochen genügend Einzelheiten vom Diskussionsverlauf und den Tagungsergebnissen erfahren hat.

Verständlicherweise richtet sich das Interesse der Öffentlichkeit vordergründig zuerst auf die Differenzen zwischen Rumänien und den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten in der Beurteilung der ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen. Hierbei überrascht weniger die Enthaltung Rumäniens in der Sache als die demonstrative Form eines veröffentlichten gemeinsamen Sondervotums von sechs Warschauer Pakt-Staaten unmittelbar im Anschluß an eine gemeinsame Gipfelkonferenz.

Für eine längerfristige Beurteilung von Entwicklungstendenzen innerhalb des Warschauer Paktes wären eventuelle Beschlüsse über eine verstärkte Integration in den politischen und militärischen Entscheidungsprozessen des Warschauer Paktes von noch höherer Bedeutung. Hier fehlen noch die Informationen, die für eine Beurteilung des Gipfeltreffens in diesem Punkte erforderlich sind. Das gilt ebenso für die Vermutung einiger Kommentatoren, daß während des Gipfeltreffens der Warschauer Pakt-Staaten die Forderung nach Unterstützung der Sowjetunion zumindest durch Rüstungsmaterial außerhalb des Geltungsbereiches des Warschauer Paktes diskutiert wurde.

Bemerkenswert aber ist bereits heute, daß Rumänien Maßnahmen zur Intensivierung der Rüstung und zur Verstärkung des Engagements Rumäniens in militärischen Aktionen unter Hinweis auf das Fehlen einer unmittelbaren Kriegsgefahr, einem ausreichenden Gleichgewicht der Kräfte und im Interesse einer Erhöhung des Lebensstandards der Rumänen zurückgewiesen hat. Der Westen sollte diese Diskussion im Rahmen der Warschauer Pakt-Staaten zum Anlaß nehmen, um noch stärker als bisher auch vor eigenen Rüstungsmaßnahmen selbstkritisch zu überprüfen, ob hierdurch nicht auch ein Druck zur verstärkten Aufrüstung in Osteuropa ausgeht. Darüber hinaus sollten westliche Politiker, diejenigen in Osteuropa, die ihr Interesse an Fortschritten an Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen mit dem Ziel der Steigerung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung begründen, ernster als bisher nehmen. Sie sollten entsprechende Äußerungen nicht von vornherein als Propaganda abtun, sondern im Gegenteil, ihr Bemühen in Osteuropa, die eigene Politik im Westen zu stützen versuchen.

(-78.11.1978/vob-8/10)

Zehn Jahre Einheitsgesellschaft an der Ruhr

Zum Jubiläum der Ruhrkohle AG

Von Erich Wolfram MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion

Am 27. November 1966 wurde in Essen die Ruhrkohle AG als Einheitsgesellschaft für den Steinkohlenbergbau an der Ruhr gegründet.

Ausgangspunkt war das im gleichen Jahr in Kraft getretene "Gesetz zur Anpassung und Gesundung der deutschen Steinkohlenbergbaus". Bund, Land NRW, die Altgesellschaften und die IG Bergbau und Energie hatten in guter Zusammenarbeit diese gemeinsame Lösung gefunden.

Es ist unbestreitbar, daß es vor allem den Initiativen und kontinuierlichen Bemühungen der Bergarbeitergewerkschaft und der Sozialdemokraten zu verdanken ist, daß die Ordnung des eigenen Hauses des Bergbaus erfolgte, nachdem sich die 26 früheren selbständigen Bergwerksgesellschaften dazu aus eigener Kraft nicht in der Lage sehen.

Der Name des damaligen IGBE-Vorsitzenden und späteren Bundesarbeitsministers Walter Arendt wird mit dieser Ruhrkohle-Neuordnung engstens verbunden bleiben. Sein Nachfolger im Gewerkschaftsvorsitz, SPD-MdB Adolf Schmidt, hat diese Politik konsequent fortgesetzt.

Die Einheitsgesellschaft an der Ruhr war mit einigen "Geburtsfehlern" versehen. Konzentriert wurden praktisch nur die Gruben- und deren Nebenbetriebe. Draußen - d.h. bei den Altgesellschaften - verblieben die Kraftwerke, der Grundbesitz und in einer modifizierten Form die Wohnungswirtschaft. Der klassische Verbund Kohle-Stahl einerseits und Kohle-Elektrizitätswirtschaft andererseits wurde weitgehend aufgehoben. Das alles sind mehr als Schönheitsfehler.

Umso beachtlicher ist, was das montan-mitbestimmte Unternehmen Ruhrkohle AG in den zehn Jahren seines Bestehens geleistet hat.

Bei der Gründung übernahm die RAC 186.000 Mitarbeiter von 52 Schachtanlagen, 29 Kokereien, fünf Brikettfabriken mit Dienstleistungsbetrieben und Verwaltungen von 26 Bergwerksgesellschaften.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Unternehmenspolitik gehörten die einheitliche Bewirtschaftung der Lagerstätte Ruhr, die Anpassung der Förderung an den Absatz durch geord-

nete Stilllegungen und eine verantwortungsbewußte Personal- und Sozialpolitik.

Bonn und Düsseldorf unterstützten den Konsolidierungsprozeß durch ihre Energiepolitik, durch Garantie- und Stabilisierungsleistungen. Heute sind in der Ruhrkohle AG 130.000 Mitarbeiter beschäftigt, also 56.000 weniger als bei der Gründung. Die Verringerung der Belegschaft erfolgte unter weitgehender Vermeidung sozialer Härten. In der gleichen Zeit wurde der Nachwuchs um ein Drittel auf über 12.000 jugendliche Mitarbeiter aufgestockt.

Dies und vieles mehr beweisen, wie sehr sich die qualifizierte Mitbestimmung bewährt hat. Die 28 Bergwerke der RAG sind durch unter- und übertägige Verbundmaßnahmen weitestgehend rationalisiert. Der Abbau ist vollmechanisch. Durch Innovation, Handelsaktivitäten und Forschung und Entwicklung neuer Technologien zur Kohlegewinnung und -veredelung - kräftig unterstützt vom Forschungsminister Dr. Hauff - ist die Ruhrkohle AG heute eines der wichtigsten Energieunternehmen der Bundesrepublik Deutschland.

Die RAG arbeitet voll auf der Linie der energiepolitischen Zielvorstellungen unserer Bundesregierung. Manches andere Energieversorgungsunternehmen - z.B. die RWE - sollen sich daran ein Beispiel nehmen. Die RAG deckt vom Kokskohlebedarf der Stahlindustrie der Bundesrepublik Deutschland 85 Prozent, in der EG rund 50 Prozent. An der Stromerzeugung ist die Ruhrkohle mit etwa ein Fünftel beteiligt. Zur Sicherung der zukünftigen Energieversorgung mit heimischer Steinkohle hält das Unternehmen beachtliche Förderkapazitäten vor.

Die Ruhrkohle AG ist für das Ruhrgebiet, für NRW und für die Bundesrepublik Deutschland eines der bedeutendsten Unternehmen. Die RAG ist mit einem Anteil von 13 Prozent der größte Anbieter von Primärenergie. 20 Prozent aller in der Industrie des Ruhrgebietes Beschäftigten arbeiten bei der RAG. Dieses Unternehmen ist auch der größte industrielle Ausbilder der Bundesrepublik Deutschland! Das jährliche Einkaufsvolumen der RAG beträgt rund fünf Milliarden DM. Nach seiner Wertschöpfung von rund 6,5 Milliarden DM liegt die RAG nach Siemens, Daimler-Benz und VW auf dem vierten Platz. Jährlich investiert das Unternehmen rund eine Milliarde DM.

Ein Unternehmen, das in zehn Jahren solche Leistungen vollbringt, ein Unternehmen, das die qualifizierte Mitbestimmung erfolgreich praktiziert, ein Unternehmen, das eine der wichtigsten Garanten unserer heutigen und zukünftigen Energieversorgung ist, verdient anlässlich des "zehnjährigen Jubiläums" Dank und Anerkennung.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird entsprechend des Hamburger Parteitagbeschlusses zur Energiepolitik ihre Politik der Priorität der Kohle, der Politik "Weg vom Öl", einer rationellen und sparsameren Energieverwendung, der Stärkung der nichtnuklearen Energieforschung und der Entwicklung alternativer Energie bei entsprechender Diversifizierung konsequent fortsetzen.

Die Bergleute, die Bergbaustädte und die Bergbauunternehmen - an der Spitze die Ruhrkohle AG - können sich auch in Zukunft auf die Energiepolitik der Sozialdemokraten verlassen.

(/28.11.1978 v. h. h. h.)